

Sozialismus

www.Sozialismus.de

J. Bischoff/H. Kuhls: Brexit ist kein Zukunftsprogramm



Susanne Hennig-Wellsow: r2g-Halbzeit in Thüringen



H.-J. Urban: Ein verteilungspolitisches Gesamtkonzept

O. König/R. Detje: Arbeitszeitdebatte in der IG Metall

**Forum
Gewerkschaften**

St. Krüger: Paul Masons Kapitalismusanalyse



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Martin Schulz und die soziale Gerechtigkeit



Die SPD schickte sich mit Martin Schulz zu Beginn des Jahres an, sich aus der Fessel der Großen Koalition zu befreien. In der Bundesrepublik sollte eine linke politische Alternative zur großen Koalition unter Führung von Merkel möglich werden. Was blieb davon? ...

Jupiter-Präsident?



Die Parlamentswahl hat Staatspräsidenten Macron eine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung gebracht. Allerdings sank die Wahlbeteiligung mit 43% auf einen historischen Tiefstand. ...

»Merkel gehört abgewählt!« ist noch kein Politikwechsel



Die mehr als 500 Delegierten der Partei DIE LINKE haben in Hannover ein Wahlprogramm mit dem Titel »Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle!« beschlossen. Es soll den Wahlkampf der Parteibasis auf Straßen und Plätzen unterstützen. Das wird nur bedingt gelingen. ...

(Post)Neoliberalismus in Europa und den USA

Björn Radke/Axel Troost:
Griechenlands zäher Kampf gegen neoliberale Politik 2

Joachim Bischoff: Die Dekonstruktion des Verwaltungsstaates in der Praxis
Die USA nach einem halben Jahr Trump-Administration 7

Joachim Bischoff/Hinrich Kuhls:
Brexit ist kein Zukunftsprogramm 13

Anne Karrass/Martin Ahrens: Soziale Säule, soziale Dimension, sozialer Rückschritt? Zur Debatte eines sozialen Europa 26

Otto König/Richard Detje: Aufrüstung für die »Strategische Autonomie« der EU
Der »bombende Weltpolitiker« und die NATO 30

Diesseits & jenseits von Rot-Rot-Grün

Susanne Henning-Wellsoy:
Halbzeit – zweieinhalb Jahre r2g in Thüringen 32

Helge Meves/Marian Krüger: Ein Regierungsprogramm gegen Selbstzweifel
Die Grünen zwischen Münster und Berlin 38

Forum Gewerkschaften

Hans-Jürgen Urban: Plädoyer für ein verteilungspolitisches Gesamtkonzept
Anmerkungen zu einer gelungenen Debatte 41

Otto König/Gerhard Wick/Richard Detje: Wem gehört die Zeit?
Ausblick auf die Metalltarifrunde 2017/18 45

Kritik der Politische Ökonomie heute

Joachim Bischoff/Fritz Fiehler/Stephan Krüger/Christoph Lieber:
Vom »Kapital« lernen? Die Aktualität von Marx'
Kritik der politischen Ökonomie 48

Stephan Krüger: Mit Informationstechnologie zum postkapitalistischen
Anarchismus. Masons Potpourri aus Marx, Cyber-Voodoo
und Antikapitalismus 54

Besprechungen | Impressum | Veranstaltungen | Film

Dieter Boris: Imperiale Lebensweise?
Ein Kommentar (zum Buch von Uli Brand und Markus Wissen) 63

Nihat Öztürk: Okzident – Orient – und retour
(zu Christof Geisel, Mein langer Sommer) 66

Impressum 67

Veranstaltungen & Tipps 68

Marion Fisch: In Zeiten des abnehmenden Lichts (Filmkritik) 69

Supplement

Theodor Bergmann (7.3.1916-12.6.2017)

Mit Beiträgen von Mario Keßler, Heiner Jestrabek, Erhard Korn, Bernd Riexinger, Joachim Bischoff und Richard Detje sowie einem nachgelassenen Vortrag von Theodor Bergmann zur Gruppe Arbeiterpolitik im westdeutschen Nachkrieg

Ein Regierungsprogramm gegen Selbstzweifel

Die Grünen zwischen Münster und Berlin

von | Helge Meves und Marian Krüger



Grünes Spitzenduo beim Bundesparteitag, Berlin, 18.6.2017 (Foto: dpa)

Zur Bundesdelegiertenkonferenz (BdK) in Münster im November 2016 waren die Grünen noch wohlgelaunt. Hinter ihnen lagen fünf Landtagswahlen mit drei Regierungsbeteiligungen. Bei den Wahlprognosen standen sie bei 11 bis 12% vor FDP und LINKEN. Nach der Urwahl von Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt zu Spitzenkandidaten und der Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten der SPD im Januar fielen die Werte bis auf 7 bis 8%. Auch nach dem Ende des Schulz-Hypes zeichnet sich mit den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen ab, dass die Grünen diese WählerInnen nicht wieder zurückgewinnen. Wurde die BdK in Münster in der Öffentlichkeit eher als Absage an die CDU verstanden, sandte der Parteitag aus dem Berliner Velodrom ein schwarz-grünes Signal aus. Wurde Münster medial noch als sozialpolitischer Profilierungsversuch links der Union gewertet, wittert nun z.B. die taz den »Duft von Jamaika« in dem

106-seitigen Bundestagswahlprogramm. Die Grünen begnügten sich damit, »ökologische Scharnierpartei jenseits des Links-Rechts-Schemas zu sein«.¹

Exklusive Wachstumsallianz

Die Grünen haben den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ins Zentrum ihres Wahlprogramms gestellt. Dabei soll jeder wissen, was er von den Grünen hat. So verspricht Katrin Göring-Eckardt »den Ärmsten der Armen« auch bessere Luft.² Neben den Armen richtet sich das Programm auch an andere Bevölkerungsgruppen, z.B. Unternehmer, Immobilienbesitzer und Bio-Bauern, Reiche und Vermögende, Eltern und Kinder.

Der Wirtschaft versprechen die Grünen eine Umverteilung der Subventionen. 12 Milliarden von 57 Milliarden Euro sollen unter ökologischen Gesichtspunkten neu verteilt werden. Etwa an die Autoindustrie für die Produktion

von abgasfreien E-Autos, was die Grünen ebenso wie den Kohleausstieg bis 2030 durchsetzen wollen. Die Partei beklagt die ungerechte Verteilung der EU-Agrarsubventionen und will »mehr Geld für grüne Landwirtschaft«, also für diejenigen Landwirte, die jetzt schon die höchsten Subventionen je Hektar erhalten und die höchsten Gewinne je Hof machen.³ Steuergeschenke für die gute ökologische Sache gehen den Grünen nie aus: Immobilienbesitzer sollen ein paar Milliarden für die energetische Gebäudesanierung erhalten, Mieter 400 Millionen Klimawohngeld zur Abfederung der damit verbundenen Mietsteigerungen.

Das ist die Blaupause für eine ökologische Wachstumsallianz von Daimler bis zum Bio-Hof. Das deutsche Exportmodell mit »Öko – Made in Germany«-Produkte(n) und Dienstleistungen bekommt einen frischen grünen Anstrich. Wer weder über das nötige ökonomische noch soziale Kapital für den *green new deal* verfügt, kann sich nicht über Renditen, sondern über frische Luft freuen. In ihren investiven Schwerpunkten berücksichtigen die Grünen auch Interessen, die außerhalb der Mittelschicht liegen. Das betrifft ihr Schulsanierungsprogramm im Volumen von insgesamt zehn Milliarden Euro, hinzu kommen Investitionen für die Hochschulen. Der Neubau von einer Million Wohnungen soll gefördert werden. Für den Kitaausbau soll der Bund zusätzlich eine Milliarde locker machen, für den Breitband-Ausbau wollen die Grünen dagegen zehn Milliarden Euro springen lassen. Einkommenspolitisch wollen die Grünen untere und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes entlasten.

Woher soll das Geld für die schöne Grüne Welt kommen?

Die frohe Botschaft des Programms lautet: Es gibt keine Steuererhöhungen zur Finanzierung grüner Programme. Den ökologischen Umbau will man durch Neuverteilung des Subventionskuchens und die Reorganisation des Emissionshandels finanzieren, den Breitband-Ausbau durch den Verkauf von Telekomaktien. Der Rest soll durch Ef-

fektivierung des Steuervollzugs und die Bekämpfung der Steuerhinterziehung hereinkommen. Damit hängen die Versprechungen für die Investitionen in Bildung und andere Wohltaten finanziell in der Luft.

Die Logik der Abschwächung

Bekanntnisse und Appelle an die Stelle von Positionen zu setzen, ist die Methode des Programms. Seine innere Logik wird bei der Abschwächung der eigenen Forderungen sichtbar. Die Abschnitte des Programms beginnen jeweils mit einem Prosateil, der in etwa die aktuelle Beschluss- und Stimmungslage in der Partei abbildet und in dem sich fast jede und jeder Grüne wiederfinden kann. Wer den Entwurf liest, wird feststellen, dass auch viele linke Kritikpunkte, die Probleme sozialer Ungerechtigkeit betreffen, stichwortartig im Text platziert wurden. Pro Abschnitt folgen in der Regel drei Projekte, für die man stimmt, wenn man die Grünen wählt. Allerdings repräsentieren auch die insgesamt 75 Projekte noch nicht den harten Kern des Wahlprogramms, den die Grünen in Regierungsverhandlungen einbringen wollen. Denn rechtzeitig vor der BdK haben die beiden Spitzenkandidaten Özdemir und Göring-Eckardt einen zehn Punkte umfassenden »Plan für grünes Regieren« vorgelegt, in dem weitere Forderungen, die zuvor tapfer erhoben wurden, nicht mehr auftauchen. Dieser Plan bildet nun das Schlusskapitel des Programms.

Damit haben die Grünen jetzt ein Wahl-, ein Koalitionsverhandlungs- und ein Regierungsprogramm in Einem. Und verlässlich scheint nur, was alle Redner versprochen haben, dass sie keinen Koalitionsvertrag unterzeichnen werden, in dem nicht die »Ehe für Alle« und eine Absage an Obergrenzen beim Asyl steht.

So steht die Ablehnung der Sanktionen gegen Hartz-IV-EmpfängerInnen und die Forderung nach Lohngleichheit für LeiharbeiterInnen zwar im Programm, hat es aber nicht in die Liste der Projekte geschafft. Die Durchsetzung des abgasfreien Autos ab 2030 steht auf der Liste und ist Teil der exklusiven Zehn Punkte. Nur einer der zehn Punkte

für das Regieren thematisiert überhaupt soziale Sicherheit: Die »sozialen Sicherungssysteme sollen schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung umgebaut werden«, das Rentenniveau soll »stabilisiert« werden, »gleichwertige Arbeit soll gleich bezahlt« werden. Kein Wort zu Hartz IV, dem Mindestlohn, einer Grundsicherung, Ost-West-Unterschieden, dem Gender-Pay-Gap, Wohnungsnot und Mietpreisbremse – Kriegseinsätze der Bundeswehr tauchen, wie im Programm, ohnehin nicht auf. Im Entwurf fehlte noch eine Festlegung auf die Jahreszahl 2030 zum Ausstieg aus der Kohle und den Verbrennungsmotoren – dies wurde durch die BdK ergänzt. Zuvor hatten sich die SpitzenkandidatInnen stark dafür engagiert, die Fixierung von Jahreszahlen zu vermeiden. Wenn »die Einhaltung der Klimaschutzziele im Koalitionsvertrag« stünde, sei es »nicht entscheidend, ob der letzte Kohlemeiler ein paar Jahre früher oder später abgeschaltet wird«.⁴

Strömungskonflikte

Eine Woche vor dem Parteitag hatte Cem Özdemir eine Aufkündigung des Strömungsprozesses angedeutet. Auf die Frage danach, dass sich viele »auf dem linken Flügel nicht mehr ... repräsentiert« sehen würden, antwortete er: »Viele? Wenn man die Ergebnisse von Katrin Göring-Eckardt, Robert Habeck und mir zusammenzählt, dann wollen mehr als zwei Drittel der Mitglieder den Kurs, für den wir stehen.«⁵ Das kann nur als eine Kampfansage an den linken Flügel verstanden werden. Dagegen halten alle namhaften Vertreter des linken Flügels den innerparteilichen Burgfrieden und haben das Zehn-Punkte-Programm unterschrieben. Unterhalb der Promiebene gab es zwar linke Anträge aus einzelnen Kreisverbänden, jedoch kein koordiniertes Vorgehen. Während der linke Flügel dahintreibt, werben prominente schwarz-grüne Protagonisten mit Buchveröffentlichungen für weniger Flüchtlinge und mehr Bündnisse mit der CDU.⁶ Canan Bayram, Direktkandidatin in Berlin Kreuzberg-Friedrichshain, war eine der wenigen, die sich damit kritisch auseinandersetzten. Am Anfang der BdK erzählte sie

von einer älteren Frau in Berlin, die früher immer die Grünen gewählt habe, die jetzigen Spitzenkandidaten aber nicht mehr von Ortsverbandsfunktionären der CDU unterscheiden könne.

Trotz der zunehmenden Dominanz des rechten Flügels gab es bereits kurz nach der Urwahl im Januar Überlegungen einiger Vorstandsmitglieder, Cem Özdemir durch Robert Habeck zu ersetzen, dem eher zugetraut wird, die linken Grünen und Wähler mit einzubinden. Aus wahltaktischen Gründen wurde der Putsch zurückgestellt. Mittlerweile hat Habeck erklärt, dass er für den Parteivorsitz nicht zur Verfügung steht. Die Satzung schließt ohnehin aus, dass er als Minister gleichzeitig Vorsitzender sein kann.

Özdemir verteilt Ministerposten, Hofreiter erhält Beifall

Cem Özdemir betonte in seiner Rede vor allem den Machtanspruch der Grünen. Sie sollen »Deutschland ins nächste Jahrzehnt führen«. Mit ihm als Innenminister würden sich »Salafisten und Rechtsradikale die CDU und CSU zurückwünschen«, heißt es im an

Marian Krüger ist Politologin und war Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin. *Helge Meves* ist Referent im Bereich Strategie & Grundsatz in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Beide Autoren arbeiten in der Bundesländer-Koordination der Linksfraktion im Bundestag.

¹ Ulrich Schulte: Der Duft von Jamaika. In: die tageszeitung vom 17./18. Juni 2017; Marian Krüger/Helge Meves: Die Grenzen der Reformbereitschaft. Eine Analyse der sozial- und finanzpolitischen Beschlüsse des grünen Parteitages in Münster. In: Sozialismus Heft 12/2016, S. 37-39.

² Rede Katrin Göring-Eckardt, 42. Bundesdelegiertenkonferenz, 17. Juni 2017

³ Subventionen je ha 347 Euro, Gewinne je Hof 41.100 Euro für konventionelle Landwirtschaft; für Öko-Landwirtschaft werden 538 Euro bzw. 56.300 angegeben. Nach: Sebastian Baltzer und Andreas Niebel: Deutschland, deine Bauern. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 18. Juni 2017.

⁴ Ich finde Merkel nicht gut. Interview mit Katrin Göring-Eckardt, in: die tageszeitung vom 10.6.2017.

⁵ Ich war der Außenseiter. Interview mit Cem Özdemir, in: Der Spiegel vom 10. Juni 2017.

⁶ Von Boris Palmer wird am 28. August bei Siedler ein Buch mit dem Titel »Wir können nicht allen helfen. Ein Grüner über Integration und die Grenzen der Belastbarkeit« erscheinen; für den 18. August angekündigt ist bei Herder von Tarek Al-Wazir und Volker Bouffier: »So geht Schwarz-Grün«.

die Journalisten verteilten Rede-Manuskript. Als Gegner im Kampf um den Klimaschutz stellte er CSU-Verkehrsminister Alexander Dobrindt und den Porsche-Fan Christian Lindner heraus. Anton Hofreiter schlug er als Verkehrsminister vor. Katrin Göring-Eckardt betonte, ebenso wie Özdemir, Klimaschutz und Kohleausstieg als zentrale Wahlkampfthemen der Grünen. Anton Hofreiter bekam *standing ovations* für eine Rede, in der er es verstand, die ökologische und die soziale Frage zu verbinden: Wer ökologische Veränderungen durchsetzen wolle, müsse sie sozial gerecht gestalten. Die Ängste der Menschen um ihre Arbeitsplätze und vor höheren Preisen dürften nicht ignoriert werden.

Gegen Russland, für den Frieden

Der Programmentwurf erklärt Putins »zunehmend aggressive Großmachtspolitik ... zu einer Bedrohung der europäischen Friedensordnung«. Das Feindbild Russland und das Bekenntnis zum Weltfrieden stehen so unvermittelt nebeneinander. Die deutschen Streitkräfte sollen stärker in die EU integriert werden. Begründet wird dies damit, dass »unter Präsident Putin Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, dem militärischen Vorgehen in der Ost-Ukraine und mit dem brutalen militärischen Eingreifen auf der Seite Assads zu einer erheblichen Verschärfung der internationalen Spannungen beigetragen hat«. Zugleich erteilen die Grünen einer Erhöhung des deutschen Rüstungsetats auf 2% des BIP eine klare Absage. Durch ein Rüstungskontrollgesetz sollen Waffenexporte in Krisengebiete verboten werden. Die Grünen bekennen sich zum Gewaltmonopol der UNO. Zu den nicht mandatierten Alleingängen von USA und NATO schweigt das Programm. Die derzeitige Struktur des Sicherheitsrates ist für die Grünen offenbar das größere Problem: »Die Blockade des VN-Sicherheitsrats bei zentralen Entscheidungen muss durchbrochen und das Gremium wieder handlungsfähig werden.«

Offen für Kerneuropa

Die Grünen stehen europapolitisch für den Status quo. »Unverhandelbar« sind für die Partei die vier europäischen »Grundfreiheiten«: die Freizügigkeit von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital. Der europapolitische Teil folgt am deutlichsten den ideologischen Prämissen von Merkel und Schäuble. Die Ursachen für die Krise der EU liegen nicht an Deutschland, sondern am Nationalismus der Anderen. Die durch die exportorientierte deutsche Wirtschaftspolitik und den Fiskalpakt mitverursachte Schieflage der EU spielt im grünen Programm keine Rolle. Zugleich sind die Grünen für Kerneuropaideen offen und stellen fest, dass es »aber auch notwendig und sinnvoll sein kann, dass bei der Weiterentwicklung der europäischen Integration zukünftig auch eine Gruppe von Mitgliedstaaten vorangehen darf«.

Ein Antrag, langfristig eine Republik Europa zu gründen, fand keine Mehrheit. Dieser sah eine föderale Republik mit einer europäischen Verfassung sowie einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik und auch ein gemeinschaftliches Steuer- und Sozialsystem vor. Er stützte sich auf Ulrike Guérot's Buch »Warum Europa eine Republik werden muss – Eine politische Utopie« (2016).

Innen- und Migrationspolitik

Die Grünen haben sich mit der Ablehnung der Asyl-Obergrenzen, des Einsatzes der Bundeswehr im Innern, der Forderung nach Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes von der Innenpolitik der CDU/CSU abgegrenzt. Doch unterm Strich haben sie gerade im innenpolitischen Bereich weiter Hürden für ein Bündnis mit der Union abgebaut. Das betrifft z.B. ihr entspanntes Verhältnis zur Videoüberwachung, die »an Orten mit hoher Kriminalitätsbelastung ... eine sinnvolle Maßnahme sein kann«. Beherzigt wurde auch der Ratsschlag Winfried Kretschmanns, der Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten nicht weiter entgegenzustehen. Dieses Konfliktthema wird nicht mehr angesprochen. Die Grünen wollen weiter ein

Einwanderungsgesetz, um auch Asylbewerber und Geduldete leichter in Arbeit zu bringen. Geplant ist ein »Punktesystem« à la Kanada. Im Bundestagsgesetzentwurf war statt von »Fachkräften und den besten Köpfen der Welt« noch von »Menschen« die Rede. Ein Antrag, wieder zum Begriff »Menschen« aus dem Bundestagsgesetzentwurf zurückzukehren, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Auf der Resterampe: Soziales

Als wichtigste Schnittmenge der sozialpolitischen Agenda der Linken und der Grünen verbleibt programmatisch noch die Bürgerversicherung im Gesundheitsbereich. Ansonsten sind soziale Forderungen im Vergleich zu den Beschlüssen von Münster deutlich abgeschwächt worden. Die Grünen sind für den Mindestlohn, wollen sich aber nicht auf eine konkrete Erhöhung festlegen. Er sollte »höher sein«, nicht übernommen wurden Anträge, ihn auf 12 Euro zu erhöhen. Die Grünen bekennen sich zwar weiter zur Abschaffung der Sanktionen, lehnten aber Anträge zu ihrer Konkretisierung ab. Die Grünen bekennen sich zur gleichen Entlohnung der Leiharbeiter und gegen sachgrundlose Befristungen. Allerdings finden sich die Forderungen nicht mehr in der Liste der Projekte, für die die Grünen gewählt werden wollen.

Das Jahr der Rettung: 2030

Die Grünen, so Katrin Göring-Eckardt, seien »vor allem mit einem Ziel gegründet« worden, »diesen Planeten zu schützen«. ⁷ Unter planetarischen Gesichtspunkten scheint das Jahr 2030 für die Partei von herausragender Bedeutung zu sein, denn bis dahin sollen alle Kohlekraftwerke abgeschaltet, ab da Verbrennungsmotoren in Autos nicht mehr neu zugelassen werden und alle Bundesbürger 100% Ökostrom genießen können. Im Hinblick auf die Überwindung von Armut und Prekarität setzen die Grünen dagegen voll auf Entschleunigung.

⁷ Rede Katrin Göring-Eckardt 42. Bundesdelegiertenkonferenz, am 17. Juni 2017, Manuskript S. 1.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

